

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion
hier: Kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln an weiterführenden Schulen

Beratungsfolge:

08.09.2022 Haupt- und Finanzausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept zu erarbeiten, wie die kostenlose Ausgabe von Menstruationsartikeln an weiterführenden Schulen unterschiedlicher Schulform zeitnah realisiert werden kann. Denkbar ist die Anschaffung hygienischer und vandalismussicherer Spender für Damenbinden und Tampons, die eine kontrollierte Ausgabe ermöglichen. Die Ergebnisse der Prüfung, bei der sich die Verwaltung an der umfangreichen Evaluation der Stadt Düsseldorf orientieren kann, und die zu erwartenden Kosten werden dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie, dem Schulausschuss und dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

keine Auswirkungen (o)

Herrn
Oberbürgermeister
Erik O. Schulz
im Hause

Hagen, 26. August 2022

Kostenlose Bereitstellung von Menstruationsartikeln an weiterführenden Schulen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

wir bitten um Aufnahme des og. Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gem. § 6 Abs.1 GeschO, am 08. September 2022.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept zu erarbeiten, wie die kostenlose Ausgabe von Menstruationsartikeln an weiterführenden Schulen unterschiedlicher Schulform zeitnah realisiert werden kann. Denkbar ist die Anschaffung hygienischer und vandalismussicherer Spender für Damenbinden und Tampons, die eine kontrollierte Ausgabe ermöglichen. Die Ergebnisse der Prüfung, bei der sich die Verwaltung an der umfangreichen Evaluation der Stadt Düsseldorf orientieren kann, und die zu erwartenden Kosten werden dem Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie, dem Schulausschuss und dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt.

Begründung:

Die Periode nimmt keine Rücksicht auf den Zeitpunkt oder die Lebenssituation, lässt sich nicht beeinflussen oder regulieren. Daher passiert es nicht selten, dass Mädchen und Frauen plötzlich und unerwartet in die Situation kommen, dass sie akut Menstruationsartikel benötigen. Situationen in denen Mädchen und Frauen massiv eingeschränkt werden und mit Scham reagieren. Scham und Einschränkungen für einen natürlichen biologischen Prozess des weiblichen Körpers.

Zu dieser Problematik kommt die Tatsache, dass laut des ALG-II-Regelsatzes (ab Januar 2021) einer alleinstehenden oder alleinerziehenden Person 17,02 € des Gesamtsatzes von 446 € für den Einkauf von Gesundheits- und Pflegeartikeln pro Monat zur Verfügung stehen. Mädchen und Frauen werden hier vor besondere Herausforderungen gestellt, denn sie müssen neben Hygieneprodukten des täglichen Bedarfs, auch Menstruationsartikel wie Binden und Tampons erwerben. Die Kosten für diese Produkte werden monatlich auf bis zu 15 € geschätzt – Schmerzmittel oder ähnliche mit der Menstruation verbundene Kosten sind dort noch nicht mit eingerechnet. Das Problem, das hier deutlich wird, hat seit einiger Zeit einen Namen: Man spricht von Periodenarmut. Armut, die auftritt, wenn sich Mädchen und Frauen diese Produkte nicht mehr leisten können.

Obwohl die genauen Zahlen und Untersuchungen zu dem Thema in Deutschland gänzlich fehlen, zeigt ein Blick in unser Nachbarland Großbritannien, wie akut dieses Problem die Lebensrealität von Mädchen und Frauen bedroht. Dort kann sich eines von zehn Mädchen im Schulalter keine Binden und Tampons leisten. In Schottland ist bereits gesetzlich geregelt, dass in öffentlichen Einrichtungen (insbesondere Schulen und Universitäten) Menstruationsartikel kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Neuseeland und zuletzt Frankreich stellen inzwischen auch an öffentlichen Orten Menstruationsartikel zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Anja Engelhardt
SPD-Ratsfraktion